

Dr. Kajo Schukalla

Markweg 38

48147 Münster

kajo.schukalla@gmail.com

Für Menschenrechte. Weltweit.



Gesellschaft für
bedrohte Völker
Regionalgruppe
Münster

Berlin, 2. Februar 2026

Liebe Freundinnen und Freunde,

sehr geehrte Damen und Herren,

dieser Rundbrief nimmt in Ergänzung des letzten Rundschreibens weitere Informationen zur Menschenrechtsarbeit, kurze Berichte und zusätzliche Veranstaltungshinweise auf, zudem zwei Spendenaufrufe.

In den letzten Tagen demonstrierten Kurden - einige wie noch nie zuvor - und ihre deutschen Unterstützerinnen und Unterstützer nahezu täglich gegen das brutale militärische Vorgehen der neuen syrischen Regierung und schreckliche Menschenrechtsverbrechen der Islamisten gegen Kurden, Yeziden und andere Minderheiten und den Kampf gegen die Autonomieregion im Norden und Osten Syriens. Die jüngsten Meldungen über ein Abkommen und einen Waffenstillstand sind mit äußerster Vorsicht zu bewerten.

Auch die täglich berichteten horrenden Opferzahlen aus dem Iran und die gestiegene Kriegsgefahr sind erschreckend. Wir dürfen auch hier nicht wegschauen. Eine kleine Schar Menschenrechtsaktivisten und Exil-Iranerinnen und -Iraner erinnert regelmäßig an die Proteste der iranischen Zivilbevölkerung und Verbrechen des Regimes.

Die Auswahl der nachfolgenden Meldungen und Empfehlungen muss notgedrungen selektiv sein.

Diesen Donnerstag, den 5. Februar, findet um 12.30 Uhr im Rahmen der von der GfbV mitgetragenen Kunstaussstellung „Menschenrechte“ in der Diözesanbibliothek Münster (Überwasserkirchplatz 2) die letzte „Kunstpause“ statt, zugleich die Finissage der Sonderausstellung. Kateryna Mezhenka aus Charkiw (derzeit in Münster) liest und informiert zur Situation in dem von Russlands imperialistischen Krieg überzogenen Land: Ukraine: Menschenrechte ... Human Rights ... Права людини... Права человека Der Eintritt ist kostenfrei.

Am 24. Februar jährt sich erneut der Überfall und Beginn des Großkrieges Russlands gegen die Ukraine. Voraussichtlich findet am Samstag, den 21. Februar, ab 11 Uhr eine Demonstration mit Kundgebung vor dem Rathaus gemeinsam mit der ukrainischen Community statt.

In den kommenden Wochen planen wir mit der GfbV-Regionalgruppe auch die nächsten Veranstaltungen zu bedrängenden Menschenrechtsthemen. Über Unterstützung freuen wir uns immer.

> Spenden für Darfur

Großer Dank gebührt den Grünen in Münster, die bei ihrem Neujahrsempfang Spenden in Höhe von 1000 Euro speziell für die Grundausstattung einer Schule der Darfur-Hilfe für geflüchtete Kinder und Jugendliche aus Darfur/Sudan im Grenzort Tinè (Tschad) gesammelt haben. Für die großzügige Hilfe auch meinerseits ganz persönlich herzlichen Dank.

Es werden weiter dringend Spendengelder für die durch den aktuellen Krieg und neue Fluchtbewegungen auf 1.400 Kinder und Jugendliche angewachsene Schule.

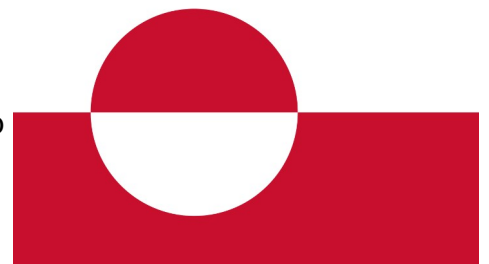
www.darfur-hilfe.org



Solidarität mit Grönland

Leserbrief vom 23.1.2026 an Westfälische Nachrichten

Grönland oder Kalaallit Nunaat muss über seine Zukunft selbst entscheiden können. Dem imperialen Wahn eines Donald Trump muss Einhalt geboten werden! Die seit 1721 über zwei Jahrhunderte gemachten Erfahrungen der Grönländer mit kolonialer Fremdherrschaft sind bitter und unvergessen. 90 Prozent der Grönländer (Kalaallit) sind auch heute indigene Inuit. Seit 1979 bzw. 2009 gelten Autonomieregelungen innerhalb des dänischen Königreichs. 1985 löste sich Grönland von der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und strebt langfristig volle Souveränität an.



Das strategische und wirtschaftliche Interesse der USA ist nicht neu. Bereits 1867/68 gab es nach dem Kauf Alaskas von Russland erste Bemühungen eines Erwerbs Grönlands, die jedoch bereits am US-Senat scheiterten. Im Zweiten Weltkrieg war die Insel strategisch besetzt. 1946 wollten die USA unter Präsident Harry S. Truman die Insel von Dänemark kaufen, dann erneut 2019 durch Donald Trump und jetzt wieder mit periodisch-erratischen militärischen Drohungen.

Die grönländischen Inuit wissen aber sehr genau, wie schlecht die Inuit in Alaska, die Inupiat, Yupik, Aleuten oder die indianischen Gwich'in-Athabaskan, Tlingit und Haida, wie alle Alaska Natives von der US-Regierung behandelt werden. Auch das gute dänische Gesundheits- und Sozialsystem ginge verloren. Trumps Verlockungen, jedem Grönländer einmalig 10.000 bis 100.000 \$ zu zahlen, ist eine dubiose Idee, die in den USA gegenüber den Indigenen Völkern eine historische Praxis kennt. American Indians wurde in ungleichen Verträgen viel versprochen, dies dann aber mit unerfüllten angeblichen Staatsleistungen verrechnet oder annulliert, die Menschen wurden enteignet und ins Elend gestürzt.

Grönland ist ein Land der Indigene Völker, ihr Lebensraum Grundlage ihrer Kultur und ihres traditionellen Lebensstils. Grönland ist weder „menschenleer“, erst recht nicht nur ein „Stück Eis“ (Trump). Die Grönländer werden widerstehen, sie sind nicht käuflich! Von Deutschland und Europa sind jetzt auch über Gipfeltreffen hinaus glaubwürdige Solidarität mit Grönland und Dänemark gefordert. Auch dürfen wir vor neu zu erwartenden US-Zolldrohungen nicht einknicken!

Dr. Kajo Schukalla
Gesellschaft für bedrohte Völker - Münster
Münster, Markweg 38

> Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus

Der Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus wird seit 1996 am 27. Januar in Deutschland seit 1996 bundesweit und offiziell begangen. Am 27. Januar 1945 wurde das Vernichtungslager Auschwitz die sowjetische Rote Armee befreit.



2005 wurde der 27. Januar von den Vereinten Nationen zum Internationalen Tag des Gedenkens an die Opfer des Holocaust erklärt.



In Münster fand das Gedenken am Dienstag um 16 Uhr am Zwinger an der Promenade statt.

In ihren Ansprachen verwiesen Pfarrer Martin Mustroph und unser neuer Oberbürgermeister Tilman Fuchs auf die Notwendigkeit und aktuellen Bezüge dieses Holocaust-Gedenkens.

An die Kranzniederlegung schloss sich 16.30 Uhr ein ökumenischer Gottesdienst, organisiert von der Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen (ACK), in der Lambertikirche an.

Bereits um 11.30 Uhr trafen sich Schulgruppen auf dem Platz des Westfälischen Friedens (hinter dem historischen Rathaus) zu einer städtischen Gedenkfeier, dies bereits zum zehnten Mal.

➤ "Kriege, Krisen, Kollaps – wie kommen wir klar in dieser Welt?"

Donnerstag, 5. Februar 2026, 19 Uhr

Forum der VHS Münster (Erdgeschoss), Aegidiistr. 70, 48143 Münster).

Der Eintritt ist frei. Eine Anmeldung ist nicht erforderlich.

Täglich prasseln Nachrichten auf uns ein, die wir kaum glauben können. Wieder eine Schreckensbotschaft mehr – und noch eine, und noch eine. Vielfach ist es uns gar nicht möglich, die Informationen wirklich an uns ranzulassen, geschweige denn ihre Tragweite zu begreifen. Doch was uns vermeintlich schützt, verhindert die notwendige Reflexion – denn nur, wenn wir den Tatsachen ins Auge sehen und uns emotional darauf einlassen, können wir angemessen reagieren. Leichter gesagt als getan... Was kann uns also dabei helfen, uns den Krisen der Menschheit und des Planeten zu stellen? Wie können wir mit den Gefühlen umgehen, die dabei entstehen? Und wie können wir handeln, wenn wir weder den Kopf in den Sand stecken, noch in kopflosen Aktionismus verfallen wollen?

ZIN-Mitglied Daniela Pastoors lädt dazu ein, diesen Fragen gemeinsam Raum zu geben. Das Münsteraner Klimagespräch am 5.2.2026 verbindet Vortragsimpulse mit interaktiven und erfahrungsorientierten Elementen. Der Abend richtet sich an alle, die die Hoffnung nicht aufgeben wollen. Egal ob aus Zivilgesellschaft, Wissenschaft, Politik oder Aktivismus – alle Interessierten sind herzlich eingeladen.

Dr. Daniela Pastoors arbeitet am Zentrum für Interdisziplinäre Nachhaltigkeitsforschung (ZIN) der Universität Münster, hat Friedens- und Konfliktforschung studiert und zur Frage promoviert, wie Fachkräfte im Zivilen Friedensdienst psychosozial begleitet und unterstützt werden. Im Kern von Danielas Wirken geht es um die Verbindung von innerer und äußerer Transformation hin zu einer lebensfähigen Welt – und um Praktiken, die persönliches, kollektives und planetares Wohlergehen zusammen erhalten und entfalten.

Die Münsteraner Klimagespräche werden durch einen Trägerkreis vorbereitet, der aus dem Zentrum für Interdisziplinäre Nachhaltigkeitsforschung der Universität Münster (ZIN), dem Evangelischen Forum, dem Umweltforum Münster e. V., dem Beirat für kommunale Entwicklungszusammenarbeit, dem Beirat für Klimaschutz und der vhs Münster besteht.

https://www.uni-muenster.de/Nachhaltigkeit/aktuelles/2026/Kriege-Krisen-Kollaps_Muensteraner-Klimagespraech.html

➤ Themenangebote zur Kolonialismus-Sonderausstellung im Stadtmuseum Münster

Freitag, 6. Februar 2026, 16 Uhr Kolonialgeschichte mit vier Gemälden.

Referent Serge Palasie, Eine-Welt-Fachpromotor für Flucht, Migration und Entwicklung

Samstag, 7. Februar 2026, 16 Uhr Öffentliche Führung

Themenraum Kolonialismus

verlängert bis 15. Februar 2026

Die Ausstellung nimmt die Spuren des deutschen Kolonialismus in Münster und seine Folgen in den Blick. Für das dreiköpfige Kuratoren-Team mit Frau Prof. Dr. Sarah Albiez-Wieck (Historisches Seminar der Universität Münster), Herrn Dr. Johannes Jansen (Institut für Didaktik der Geschichte der Universität Münster) und Frau Dr. Barbara Rommé (Stadtmuseum Münster) geht es darum, die Entwicklung auch für Münster zu zeigen und Raum zu schaffen für unterschiedliche Erfahrungen und Stimmen zum Thema. „Zwischen 1884 und 1918 besaß Deutschland Kolonien in Afrika, China und im pazifischen Raum“, berichtet Museumsdirektorin Barbara Rommé. „Viele Menschen in Münster profitierten davon, dass diese Regionen unterdrückt und ausgebeutet wurden. Der koloniale Blick, der Menschen aus den betroffenen Gebieten als minderwertig betrachtete, hat bis heute seine Spuren hinterlassen, auch in Münster.“

➤ Demo gegen AfD-Kundgebung am Samstag, den 7. Februar, in Münster-Coerde geplant

Für Samstag, den 7. Februar 2026, ist eine Kundgebung der Alternative für Deutschland in Münster-Coerde ab 10 Uhr auf dem Hamannplatz angekündigt. Als Reaktion darauf rufen mehrere demokratische Parteien auf kommunaler Ebene und das *Bündnis Keinen Meter den Nazis* gemeinsam zu einer Gegendemonstration ab 9 Uhr auf.

➤ Eine-Welt-Forum Münster – Außerordentliche Mitgliederversammlung

Montag, 9. Februar 2026, 19.30 Uhr

Evangelischen Studierendengemeinde (ESG), Breul 43, 48143 Münster

In der Mitgliederversammlung werden die künftigen EWF-Vertreterinnen und Vertreter im Beirat für kommunale Entwicklungszusammenarbeit gewählt. Alle Mitgliedsgruppen mögen unbedingt eine stimmberechtigte Vertretung zu dieser wichtigen Versammlung entsenden. Die gewählten Beiratsvertreter werden bis 2030 im Amt sein. Auch interessierte Eine-Welt-Bewegte sind zu der Versammlung herzlich willkommen.

➤ Unerwünscht. Die westdeutsche Demokratie und die Verfolgten des NS-Regimes

Donnerstag, 12. Februar 2026, 19.00 Uhr

Geschichtsort Villa ten Hompel der Stadt Münster
Kaiser-Wilhelm-Ring 28, 48145 Münster

auch online über Zoom www.stadt-muenster.de/villa-ten-hompel

Vortrag und Gespräch mit Prof. Dr. Stefanie Schüler-Springorum (Berlin)

Moderation: Thomas Köhler (Münster)

Die renommierte Historikerin Stefanie Schüler-Springorum stellt erstmals die westdeutsche Nachkriegsgesellschaft aus Sicht der Menschen dar, die im Nationalsozialismus verfolgt wurden. Damit erzählt sie eine bislang weitgehend ausgeblendete Geschichte. Sie schildert die Erfahrungen von überlebenden Jüdinnen*Juden und Sinti* und Roma*, von ehemaligen Zwangsarbeitenden und Homosexuellen im westlichen Teil Deutschlands in den ersten Nachkriegsjahrzehnten. Es gab nach 1945 nicht weniger Antisemitismus und Rassismus nicht weniger Hass auf Homosexuelle als während des NS, sondern wahrscheinlich sogar mehr. Das gängige Bild von der gelungenen Demokratisierung der Bundesrepublik bekommt durch die von Schüler-Springorum analysierten Geschichten einen Riss. Die Erfahrungen der ehemals Verfolgten zeigen, dass der Hass und die Ressentiments gegen sie nicht einfach verschwanden. Sie waren tief im Denken der Menschen verankert und sind es zum Teil bis heute. Die Gründe und Funktionen dieser Einstellungen mögen sehr unterschiedlich sein, doch sie haben eines gemeinsam: den Wunsch der Mehrheitsgesellschaft, dass die betroffenen Menschen nicht da sein sollten.

Prof. Dr. Stefanie Schüler-Springorum ist Historikerin und seit 2011 Direktorin des Zentrums für Antisemitismusforschung an der TU Berlin sowie seit 2012 Ko-Direktorin des Selma-Stern-Zentrums für jüdische Studien Berlin-Brandenburg. Zuvor arbeitete sie bei der Stiftung Topographie des Terrors und leitete von 2001 bis 2011 das Institut für die Geschichte der deutschen Juden in Hamburg. Ihre zentralen Themen sind die jüdische, die deutsche und die spanische Geschichte im 19. und 20. Jahrhundert.

➤ **Notausgang, Fluchtweg, Kirchenasyl - mit Erfahrungsberichten**

Montag, 16. Februar 2026, 18 Uhr

St. Martini Jugendkirche Münster

Neubrückenstr. 60, 48143 Münster

<https://www.sue-nrw.de/ankuendigung-lako2026/>

➤ **Einladung zur ukrainischen Filmvorführung „Shchedryk / Carol of the Bells“**

Donnerstag, 19. Februar 2026, 18–20.30 Uhr

Cinema & Kurbelkiste, Warendorfer Str. 45, 48145 Münster

Film in Originalsprache mit deutschen Untertiteln, freigegeben ab 14 Jahren

Gezeigt wird „Shchedryk / Carol of the Bells“ (Regie: Olesja Morhunets-Isajenko), ein vielfach beachtetes ukrainisches historisches Drama, das sich eindrucksvoll mit Fragen von Identität, kultureller Vielfalt, Menschlichkeit und Hoffnung auseinandersetzt. Der Film ist tief in der ukrainischen Geschichte und Kultur verwurzelt und erzählt zugleich eine universelle Geschichte über Zusammenleben in Zeiten politischer Gewalt und gesellschaftlicher Umbrüche.

Die Handlung führt ins Jahr 1938 in die Stadt Stanislaw (heute Iwano-Frankiwsk, Ukraine). In einem Haus leben Ukrainer, Polen, Deutsche und Juden unter einem Dach. Während Europa auf den Zweiten Weltkrieg zusteuert, wird Musik – insbesondere das ukrainische Lied „Shchedryk“, weltweit bekannt als „Carol of the Bells“ – zum Symbol für kulturelle Identität,

Widerstandskraft und Hoffnung. Im Zentrum steht die Gesangslehrerin Sofia, die Kindern durch Musik einen Schutzraum schafft – einen Ort der Menschlichkeit in unmenschlichen Zeiten.

Mit dieser Veranstaltung möchte der **Verein Ukrainische Sprache und Kultur** die Bedeutung der Muttersprache würdigen und den interkulturellen Dialog fördern.

Geplant ist die Filmveranstaltung auch als ein Zeichen der Wertschätzung für ukrainische Kultur, Geschichte und künstlerisches Schaffen zu setzen.

> The archaeological heritage of Sudan and its relevance today

Samstag, 28. Februar 2025, 17 Uhr

Zukunftswerkstatt Kreuzviertel, Schulstr. 45, Münster
Eintritt frei

Vortrag und Gespräch mit Prof. Dr. Ahmed Adam, Khartoum, Berlin

Lecture by Dr Ahmed Adam (Englisch mit deutscher Übersetzung)

Associate Professor of Archaeology at the University of Khartoum

In his lecture, Dr Ahmed Adam will present Sudan's archaeological heritage and discuss its significance today. During the current war, cultural heritage has been looted or destroyed. It is particularly noteworthy that German museums hold some of the world's most important collections of Sudanese archaeological and ethnographic objects. These collections are a valuable source of information for scientific research into Sudanese culture. Dr Adam researches these collections and aims to share his knowledge with people beyond borders, particularly those in Sudan. By doing so, he hopes to contribute to a more pluralistic and inclusive Sudan, one that goes beyond the country's historical and political fragmentation.

Dr Ahmed Adam is Associate Professor of Archaeology at the University of Khartoum.

Since October 2024, he has been working as a visiting scholar in the programme EUROPE IN THE MIDDLE EAST – THE MIDDLE EAST IN EUROPE at the Forum Transregionale Studien in Berlin.

The lecture will be held in English and translated into German. Archaeologist Georg Schaaf will moderate the event. Afterwards, there will be an opportunity for discussion over refreshments.

<https://afrikanische-perspektiven.de>

> Antiziganismus im Nationalsozialismus und darüber hinaus

Sonntag, 29. März 2026, 15 Uhr

Geschichtsort Villa ten Hompel der Stadt Münster

Kaiser-Wilhelm-Ring 28, 48145 Münster

Teilnahme kostenfrei

Der Rundgang bietet einen Blick auf Ausgrenzungs- und Verfolgungslogiken gegenüber Sinti* und Roma* in Geschichte und Gegenwart, welche tiefgreifende gesamtgesellschaftliche und institutionelle Verstrickungen offenlegen. Die Anzahl der dokumentierten antiziganistischen Vorfälle stieg jüngst dramatisch: Höchste Zeit, Vorstellungswelten, Verhältnisse und Vorurteile kritisch zu beleuchten, die den Hass befeuern.

➤ Eine-Welt-Landeskonferenz 2026: Demokratien global unter Druck

Freitag bis Samstag, 13.-14. März 2026

Globale Krisen wie Kriege, Klimawandel, Artenverlust und der zunehmende Druck auf demokratische Strukturen stellen Politik und Zivilgesellschaft vor große Herausforderungen. Gleichzeitig verlieren die Ziele der UN-Agenda 2030 an politischer Aufmerksamkeit – auch in Nordrhein-Westfalen.

Um diesen Entwicklungen gemeinsam zu begegnen, laden das Eine Welt Netz NRW und die Stiftung Umwelt und Entwicklung Nordrhein-Westfalen am 13. und 14. März zur Eine Welt Landeskonferenz 2026 in das Gustav Stresemann Institut nach Bonn ein.

Unter dem Motto „Demokratien global unter Druck“ bietet die Konferenz Raum für Analyse, Austausch und die gemeinsame Entwicklung von Strategien und Handlungsoptionen für eine widerstandsfähigere Demokratie.

Die Konferenz richtet sich an ein breites Publikum, darunter entwicklungspolitisch Engagierte, Ehrenamtliche, Studierende, Wirtschaftsvertreter, politische Entscheidungsträger und Gesellschaftswissenschaftler.

Das Programm bietet eine vielfältige Mischung aus Vorträgen, Diskussionsforen und Workshops, die sich mit aktuellen Fragen der globalen Gerechtigkeit, Nachhaltigkeit und Demokratieförderung auseinandersetzen werden.

Bereits zugesagt haben namhafte Persönlichkeiten aus Politik und Journalismus, darunter:

Robin Alexander (Journalist), Alexandra Geese (Politikerin), Dr. Aram Ziai (Gesellschaftswissenschaftler), Christian Neuhäuser (Philosoph), Rana Aydin-Kandler (Expertin) sowie weitere internationale Gäste.



Politischer Abend am 13. März: Zukunft im Blick, Erfolge im Gepäck

Den Höhepunkt am Freitag bildet der Politische Abend anlässlich des 25-jährigen Jubiläums der Stiftung Umwelt und Entwicklung NRW. Unter der Moderation von Dr. Eckart von Hirschhausen werfen wir einen unterhaltsamen und wissensreichen Rückblick auf die Erfolge der Eine-Welt-Arbeit in NRW und diskutieren mit hochrangigen Impulsgebern über aktuelle Herausforderungen und Zukunftsperspektiven. Als Gesprächspartner*innen mit dabei sind:

Prof. Dr. Maren Urner (Professorin für Nachhaltige Transformation)

Nathanael Liminski (Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten NRW)

Christoph Bals (geschäftsführender Vorstand Politik von Germanwatch) und

Hannah Emde (Tierärztin, Autorin, Moderatorin der ZDF-Sendung TerraX und Artenschützerin)

Teilnehmende der Landeskonzferenz sind herzlich eingeladen, an diesem Abend mitzuwirken.

Alle Informationen, das ausführliche Programm für beide Konferenztage sowie eine Übersicht aller Speaker*innen gibt es auf der Webseite der Eine Welt Landeskonzferenz 2026.

<https://www.eine-welt-netz-nrw.de/lako/>

Anmeldungen zur Landeskonzferenz sind ab sofort auf der Website des Gustav-Stresemann-Institut möglich.

<https://www.gsi-bonn.de/bildung/veranstaltungen/veranstaltungs kalender?url=https://gsi-bonn.portal.semcosoft.com/de/classes/view/371>

➤ Hilfswerk der Yeziden arbeitet vor Ort

Ezidisches Hilfswerk Roja Sor – Rote Sonne e.V.



Ezidisches Hilfswerk Rote Sonne e. V.

Das Ezidische Hilfswerk – Rote Sonne e. V. ist eine gemeinnützige, internationale Hilfsorganisation mit Sitz in Bielefeld. Sie arbeitet unparteilich, unabhängig und mit einem klaren humanitären Auftrag. Ziel ist es, Menschen in Krisen- und Katastrophengebieten zu unterstützen, Infrastruktur wieder aufzubauen und neue Perspektiven für ein würdiges Leben zu schaffen.

Das Ezidische Hilfswerk – Roja Sor (Rote Sonne) entstand als unmittelbare Antwort auf den Völkermord an der ezidischen Gemeinschaft durch den sogenannten Islamischen Staat (IS) in Shingal (Sinjar, Irak) im August 2014. Tausende flohen oder wurden zu Binnenflüchtlingen (IDPs).



Viele Überlebende sind tief traumatisiert. Insbesondere kleine Kommunen und Dörfer in den betroffenen Gebieten sind stark betroffen. Ohne funktionierende Infrastruktur wie Sanitäreinrichtungen, Strom und gesicherte Versorgung wird ihr Leid unerträglich.

Roja Sor möchte durch den Aufbau lebenswichtiger Strukturen die Selbstversorgung ermöglichen und durch starke internationale Beziehungen zukünftige Gräueltaten verhindern und dieser über 4.500 Jahre alten Religionsgemeinschaft ein würdiges, selbstbestimmtes Leben sichern.

<https://rojasor.eu/>



Dies sind die aktuellen Projekte mit Priorität:

1. Bildung für 100 Kinder: Dringlicher Aufruf, es fehlt an Allem. In Planung ist die Ausstattung einer Schule in Shengal/Irak, die 100 Kindern den Zugang zu Schulbildung, Schutz und Zukunftschancen bietet.

Nur 100 € ermöglichen es, dass ein Kind vollumfänglich eine schulische Grundbildung in der Region erhält.

Leider fehlen neben Ausstattung auch die geeignete Infrastruktur und Gebäude. Benötigt werden dazu insgesamt 70.000 € bis Ende 2026.

2. Mobiles Krankenhaus

Die Stadt Sinune erstreckt sich über 8 größere Dörfer und die Dörfer sind quasi von der medizinischen Versorgung abgeschnitten. Mit dem Einsatz von Krankenhauspersonal und einem Arzt statten wir ein mobiles Krankenhaus aus. Benötigt werden mindestens 90.000 €.

Spendenmöglichkeit

IBAN: DE67 4804 0035 0611 3674 00

Bank: Commerzbank

BIC / SWIFT: COBADEFFXXX

Verwendungszweck: Aufbauhilfe Shengal

PayPal: spende@ezidischeshilfswerk.de

Eingetragen im Amtsgericht Bielefeld, Vereinsregister: VR 4864,
Steuernummer: 305/5973/1010

Rechtsform: Eingetragener Verein (e.V.) mit Sitz in Bielefeld.

Spendenquittung wird gemäß § 10b EstG für das Finanzamt ausgestellt.

Vertretungsberechtigter Vorstand (§ 26 BGB):

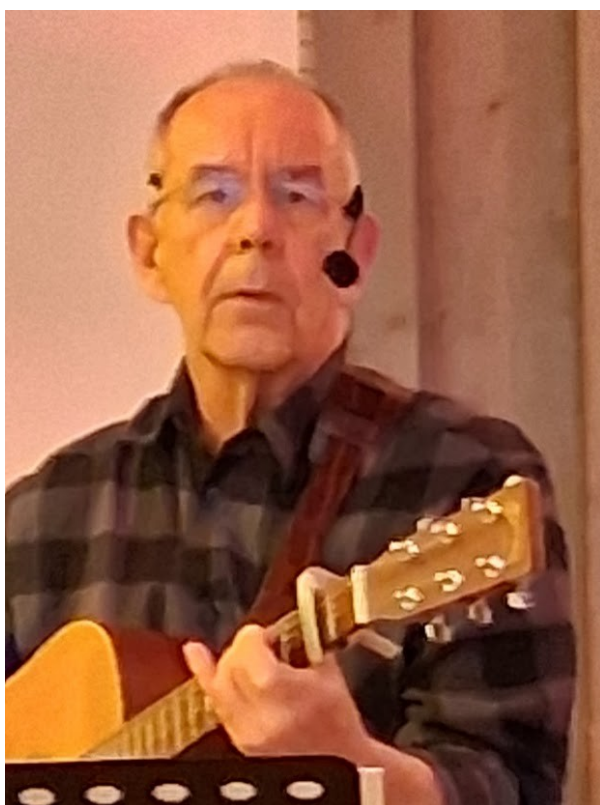
Emin Özden, 1. Vorsitzender, Havran Debe, 2. Stellvertretender Vorsitzender

<https://rojasor.eu/impressum/> Link zum Flyer: <https://rojasor.eu/dokumente/>



> Neujahrsempfang des Eine-Welt-Forums

Über 60 Eine-Welt-Engagierte nahmen wieder am EWF-Neujahrsempfang teil. Neben kulturelle Angeboten und kurdischen Spezialitäten gab es am Sonntag, den 18. Januar, in der ESG viele Gelegenheiten des informellen Austauschs.



Der Sprecherinnen- und Sprecherrat (Vorstand) des Eine-Welt-Forums (von rechts):

Klaus Bösing, Almut Jansen, Georg Schaaf, Ismet Nokta, Anna Stelthof-Fend, Firas Alomar, Karlheinz Müller, Christine Strathmann und Kajo Schukalla.



➤ Die GfbV ruft zu den friedlichen **Protesten** auf, die **täglich** Menschen auf die Straße bringen, auch in Münster. Die Gesellschaft für bedrohte Völker schreibt in ihrer Pressemitteilung am 22.1.2026: **Syrien:** Kobanê, das Symbol der Hoffnung, ist erneut von Islamisten bedroht. „Die genozidalen Angriffe des islamistischen Regimes in Damaskus auf die kurdischen Gebiete im Nordosten Syriens dauern weiter an. Zehntausende Kurden sind auf der Flucht. Ganze Städte und Regionen sind eingekesselt und von der Außenwelt abgeschnitten, sodass keine Medikamente, Lebensmittel oder Treibstoff hineingelassen werden“, berichtet Dr. Kamal Sido, Nahostreferent der Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV).

„In den eroberten Gebieten wird Jagd auf Kurden gemacht. Besonders dramatisch ist die Lage in der legendären kurdischen Stadt Kobanê, die 2014 dem „Islamischen Staat“ (IS) standgehalten hat. Von dort ging die Befreiung der Region vom IS aus. In Kobanê wurde die Wasser- und Stromversorgung unterbrochen. Auch der Internetzugang wurde gesperrt. Die Radikalislamisten rücken immer weiter vor. Durch die absichtliche Unterbrechung der Grundversorgung entsteht eine humanitäre Krise. Zivilisten, darunter Kinder und ältere Menschen, sind in der Dunkelheit gefangen und haben keinen Zugang zur Grundversorgung“, berichtet der Menschenrechtler. „Anscheinend will das syrische Regime Rache an Kobanê nehmen, weil die Stadt ein Symbol für den Kampf gegen den IS ist. Für die Kurden – und für

die Welt – ist Kobanê ein Symbol der Hoffnung und des Widerstands gegen den radikalen Islam“, sagt Sido.

➤ Die aktuelle Situation im **Iran** ist derzeit schwer einzuschätzen. Es dringen immer noch wenige nachprüfbare Nachrichten nach außen. Fast alle Berichte sprechen von weit über 5000. Netzwerke von Ärzten berichten von rund 18.000 Todesopfern. Die höchsten Angaben gehen von bis zu 36.000 erschossenen, ermordeten Demonstranten und bis zu 360.000 Verletzten aus, die sich aus berechtigter Angst vor Verhaftung nicht in die Krankenhäuser wagen können.

➤ Die Drohungen des US-Präsidenten Donald Trump zur Übernahme **Grönlands** haben vor allem vom Krieg und Bombenterror Russlands gegen die **Ukraine** abgelenkt. Täglich und jede Nacht werden die ukrainischen Städte mit Drohnen und Raketen beschossen. Die Energieversorgung bricht immer wieder zusammen, all dies bei regelmäßig zweistelligen Minustemperaturen, einem der härtesten Winter der letzten Jahre.

➤ Nach der **Trump**-Rede auf dem Wirtschaftsgipfel in Davos scheint in Sachen **Grönland** Entspannung eingeleitet zu sein. Dazu sehe ich leider keinen wirklichen Grund (siehe dazu meinen Leserbrief oben).

Der amerikanische Präsident bleibt erratisch und eine Gefahr für Demokratie und Frieden. Die jüngsten Entwicklungen um die durch die **ICE** (Immigration and Customs Enforcement) erschossenen Demonstranten in **Minneapolis** (Minnesota) und die präsidentiellen Bestrebungen um Demokratie- und Rechtsstaatsabbau, Reglementierung und Einschüchterung der Presse gehen beschleunigt voran, schneller als ich es mir noch vor gut einem halben Jahr bei unserem letzten USA-Besuch mit vielen Gesprächen und Besuchen dort im Mittelwesten hätten vorstellen wollen.

Trump spielt auch eine hier wenig bekannte und zentrale Rolle im jüngsten Krieg in Nordsyrien.

Die neue syrische Übergangsregierung unter Präsident **Ahmed al-Sharaa** (Kampfname: **Jolani**) wird seit Frühjahr 2025 unterstützt. Seit al-Sharaas Besuch im Weißen Haus im November 2025 gilt seine gewalttätig islamistische Vorgeschichte als getilgt. Trump sprach ihm sein Vertrauen aus. Die USA verfolgen mit ihrem neuen Kurs ihre sicherheitspolitische, geopolitische und wirtschaftliche Interessen.

Bereits Mitte 2025 hatte Trump mitgeteilt, die Syrien-Sanktionen schrittweise aufzuheben, um Wiederaufbau und Stabilisierung des neuen Regimes zu fördern. Syrien wurde in die Internationale Allianz gegen den Islamischen Staat (IS) aufgenommen. Syrien soll dabei strategisch und vor allem wirtschaftlich stärker eingebunden und von Iran und Russland getrennt werden. Mit Krediten und Investitionsabkommen verfolgen die USA ihre Interessen an geopolitisch interessanten Hafenanlagen und Erdöl, das sich in Nord- und Ostsyrien in den kurdisch regierten Regionen befindet.

Seither haben die USA mit der syrischen Übergangsregierung Absprachen getroffen, die al-Sharaa militärische Möglichkeiten gegen die kurdisch geführten Kräfte im Nordosten eröffnen. Die Sonderrolle der SDF (Syrischen Demokratischen Kräfte) scheint nach langer amerikanischer Unterstützung jetzt beendet zu sein. Ein US-Sondergesandter wird in den Medien zitiert, die USA hätten „kein Interesse mehr an einer separaten Rolle für die SDF“, während syrische Regierungstruppen Sicherheitsaufgaben einschließlich der Kontrolle von IS-Gefangenenlagern übernehmen. Die bisherige kurdische Autonomie scheint in Syrien vor dem Aus zu stehen.

Die **Menschenrechtslage** hat sich dabei **dramatisch verschlechtert**. Syrische Regierungstruppen, Milizen und besonders bewaffnete Gruppen aus den geöffneten IS-Lagern werden Massaker an Kurden, Minderheiten und Vertreibungsaktionen vorgeworfen. Die Infrastruktur ist weitgehend zerstört, etwa 7,4 Millionen Menschen gelten landesweit als Binnenvertriebene, in Lagern kann keine ausreichende Versorgung gesichert werden. KJS

➤ **Mehr als 4.000 Euro gehen an die Nothilfe im Sudan**

Das Team des Kompetenzzentrums Humanitäre Hilfe der Fachhochschule hat 4.217,14 Euro an das Bündnis „Aktion Deutschland Hilft“ für die Nothilfe im Sudan weitergegeben.

<https://www.fh-muenster.de/de/ueber-uns/newsroom/news/oef/kompetenzzentrum-humanitaere-hilfe-spendet-als-4.000-euro-an-die-nothilfe-im-sudan>

Elsa Souoguem (von links), Jens-Mirco Engbrink, Eleonore Kretz, Eileen Hagebölling, Prof. Dr. Jan Makurat und Wieland Buschmann von der FH Münster sind sehr zufrieden mit dem Ergebnis.

4.217,14 Euro – „Das ist weit über dem, was wir erwartet haben“, sagt Prof. Dr. Jan Makurat, Leiter des Kompetenzzentrums Humanitäre Hilfe. Makurat und sein Team hatten mit dem food lab muenster zu der Kampagne im Dezember aufgerufen, um die Nothilfe im Sudan zu unterstützen. Mehr als 30 Studierende der Fachhochschule haben dabei ehrenamtlich mitgewirkt. Der Betrag ist bereits an das Bündnis „Aktion Deutschland Hilft“ gegangen.

Die Summe setzt sich aus Spenden während einer Vortragsveranstaltung zur Lage im Sudan, aus den Erlösen einer Benefiztombola und aus online eingegangenen Spenden zusammen. „Neben einem Beitrag wollten wir Aufmerksamkeit für die wenig beachtete prekäre Lage im Sudan schaffen“, so Makurat. Die Menschen in dem nordostafrikanischen Land leiden unter einer der größten humanitären Katastrophen weltweit. Laut Aktion Deutschland Hilft benötigen etwa 25 Millionen Menschen humanitäre Hilfe und sind akut von Hunger bedroht.

➤ **Islamistische Gewalt in Syrien - Yeziden im Nordirak in großer Angst vor neuen Angriffen**

GfbV-Pressemitteilung vom 21.1.2026

Nachdem Truppen des neuen islamistischen Regimes in Syrien große Teile Nordostsyriens unter ihre Kontrolle gebracht haben, sind nicht nur die dort lebenden Kurden und andere Minderheiten tödlich bedroht, sondern auch Yeziden in der benachbarten Sinjar-Region (Shingal) im Nordwesten des Iraks, warnt die Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV).

„In Telefongesprächen mit Yeziden aus der Region wurde uns immer wieder die Sorge vor möglichen Angriffen sunnitischer Islamisten geschildert. Die Yeziden haben große Angst, denn ihre Gemeinschaft war bereits 2014 Opfer eines Völkermordes durch den IS“, berichtete der Nahost-Referent der GfbV, Kamal Sido, heute in Göttingen.

Anführer und Angehörige vieler arabisch-sunnitischer Stämme, die 2014 mit dem „Islamischen Staat“ (IS) sympathisiert oder diesen sogar bei den Angriffen auf die yezidische Gemeinschaft unterstützt haben, gelten bei den aktuellen Angriffen auf Kurden in Syrien als Speerspitze der neuen islamistischen Regierung in Syrien. Die Truppen des neuen islamistischen Regimes in Damaskus bestehen zu etwa 75 Prozent aus ehemaligen IS-Mitgliedern, al-Qaida-Kämpfern oder anderen

radikalen sunnitischen Islamisten. Zudem konnten sich Tausende IS-Kämpfer aus Gefängnissen im Nordosten Syriens befreien oder wurden vom neuen syrischen Regime freigelassen.

„Werden diese radikalen, arabisch-sunnitischen Islamisten wieder in die Sinjar-Region einfallen? Wird die irakische Armee zusammen mit anderen miteinander konkurrierenden lokalen Verbänden großangelegten Angriffen der sunnitischen Islamisten standhalten? Viele Yeziden befürchten angesichts der aktuellen Entwicklungen, dass sich die Geschichte wiederholt“, sagt der GfbV-Nahostreferent Sido.

„Weder die NATO noch die USA scheinen bereit zu sein, die yezidische Bevölkerung zu schützen, denn sie sehen in arabisch-sunnitischen Islamisten, insbesondere im neuen Regime in Damaskus, offenbar die besten Verbündeten“, so Sido. „Viele Yeziden und Angehörige anderer Minderheiten sind empört, dass die Trump-Administration, viele deutsche Politiker und Medien die sunnitischen Islamisten, die in Syrien die Macht übernommen haben, verharmlosen, mit ihnen sympathisieren oder sie sogar unterstützen“, sagt der Menschenrechtler, der zuletzt 2023 das Sinjar-Gebiet bereiste und im ständigen Kontakt mit den Menschen vor Ort steht.

Vor fast genau zwei Jahren, am 19. Januar 2023, erkannte der Deutsche Bundestag die Verbrechen des IS an den Yeziden als Völkermord an. „Wir fordern die Abgeordneten, die sich damals für die Anerkennung stark gemacht haben, auf, sich an die Seite der Yeziden und anderer Minderheiten zu stellen“, sagt Sido.

Unterstützt von zahlreichen sunnitischen Stämmen, überfiel der IS im August 2014 die yezidische Gemeinschaft im nordirakischen Sinjar, um sie auszulöschen. Dabei wurden mindestens 5.000 Menschen ermordet. Zudem wurden etwa 7.000 Frauen und Mädchen in die Sklaverei verschleppt. 2.000 von ihnen gelten bis heute als vermisst. Hunderttausende Yeziden mussten fliehen. Schätzungen der GfbV zufolge sind etwa 200.000 Yeziden, die den Völkermord überlebt haben, in ihre Heimat, die Sinjar-Region, zurückgekehrt. Etwa 300.000 weitere Yeziden aus Sinjar leben immer noch in Irakisch-Kurdistan, wo sie 2014 vor dem IS Zuflucht gefunden haben.

➤ Syrien: Appell an den Deutschen Bundestag - Deutschland muss sich endlich für Frieden und Stabilität einsetzen

GfbV-Pressemitteilung vom 26.1.2026

Die Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV) appelliert an den Deutschen Bundestag, die Bundesregierung per Beschluss zu einer Initiative für Frieden und Stabilität in Syrien zu bewegen. Es brauche einen größeren Einsatz gegen die genozidalen Angriffe des islamistischen Regimes in Damaskus und seiner Verbündeten – sunnitisch-islamistischen Milizen jeglicher Couleur – auf Kurden und andere Minderheiten in Nordsyrien, die unvermindert andauern. Die GfbV fordert daher die Entsendung einer Vermittlungsmission.

„Die Einkesselungen von Kobanê und der syrisch-drusischen Provinz al-Suwaida durch das Regime in Damaskus müssen sofort beendet werden, und die Zivilbevölkerung muss humanitäre Hilfe erhalten. Ebenso müssen die andauernden Verschleppungen und Vergewaltigungen alawitischer Frauen durch Islamisten im Westen Syriens sofort beendet werden“, schreibt die GfbV in ihrem Appell an die Bundestagsabgeordneten. Die etwa 400.000 kurdischen Einwohner der nordsyrischen Stadt Kobanê sind seit Tagen eingekesselt. Die humanitäre Lage verschlechterte sich rapide. Laut Angaben der GfbV sind dort bereits Kinder an Kälte und Hunger gestorben.

„Der ungerechtfertigte Krieg des Regimes in Damaskus gegen Kurden, Drusen und Alawiten erschwert das Zusammenleben in Syrien zunehmend. Dieser brutale Krieg trägt zum weiteren Zerfall des Staates bei. Dies hat zur Folge, dass erneut Millionen Menschen fliehen müssen. Auch die Existenz weiterer religiöser Minderheiten wie der wenigen verbliebenen Christen, Yeziden, Ismailiten und Mandäer in Syrien und im Irak ist weiterhin bedroht“, warnt der GfbV-Nahostreferent Dr. Kamal Sido. „In Deutschland und der EU müssen endlich Politiker die Courage haben, Verantwortung zu übernehmen und die Initiative zu ergreifen. Wir fordern eine Vermittlungsmission, um den andauernden Krieg gegen Kurden, Drusen und Alawiten zu beenden und die bestehenden Konflikte in Syrien friedlich zu lösen“, appelliert die GfbV.

Die Bundesregierung wird auch aufgefordert, Druck auf die Türkei auszuüben. „Der türkische Machthaber Erdoğan ist maßgeblich für die Gewalt und den Terror in Syrien mitverantwortlich. Mit viel Geld aus Katar ist er zu einem einflussreichen Vertreter des internationalen sunnitischen Islamismus geworden. Es ist höchste Zeit, ihn zu stoppen, bevor sich die Gewalt und der Terror nicht nur in Syrien und im Nahen Osten, sondern weltweit weiter ausbreiten“, sagt der Nahostreferent Sido.

Der andauernde Krieg des Regimes in Damaskus gegen die Kurden in Syrien könnte auch zu weiteren Konflikten zwischen Kurden und Türken führen, warnt die GfbV. Dies würde das friedliche Miteinander in Deutschland und ganz Europa gefährden. Das Unverständnis der kurdischen Bevölkerung in allen Teilen Kurdistans sowie in der Diaspora über die westliche Politik, die das Regime in Damaskus und den sunnitischen Islamismus unterstützt, wachse zunehmend. Gleichzeitig werde in den Medien des syrischen Regimes und anderer arabisch-sunnitischer Staaten verstärkt Hetze gegen Kurden, Drusen oder Aleviten betrieben. „Diese Feindseligkeiten zwischen Kurden, Alawiten/Aleviten und Drusen einerseits sowie Syrern, die offen mit dem syrischen Regime und dem radikalen Islamismus sympathisieren, gefährden das friedliche Miteinander und sind nicht im Interesse der Demokratie – weder in Deutschland noch anderswo“, sagt der Menschenrechtler. In diesem Zusammenhang appelliert die GfbV erneut an die protestierenden Kurden, Drusen und Alawiten/Aleviten, ihre Proteste weiterhin ausschließlich friedlich auszutragen.

➤ **Straßennamen bleiben in Münster Thema.**

Bürgerentscheid am 8. Februar über Straßennamen in Münster-Mitte

Pressemitteilung der Stadt Münster vom 28.11.2025

Münster (SMS) Rund 108.000 Stimmberechtigte im Stadtbezirk Münster-Mitte können am 8. Februar 2026 in einem Bürgerentscheid entscheiden, ob fünf Straßen umbenannt werden oder ihre bisherigen Namen behalten. Betroffen sind die Skagerrakstraße, Admiral-Scheer-Straße, Admiral-Spee-Straße, Otto-Weddigen-Straße und Langemarckstraße. Der Termin für die Abstimmung wird mit der Veröffentlichung im Amtsblatt am Freitag, 28. November, offiziell festgesetzt. Die Stimmabgabe wird zudem vor dem 8. Februar per Brief und im Abstimmungsbüro im Stadthaus 1 möglich sein. Die Benachrichtigungen für den Bürgerentscheid verschickt das Wahlamt der Stadt ab dem 12. Januar.



Hintergrund ist ein Bürgerbegehren der „Bürgerinitiative für Münsters Straßen“. Die Initiative hatte im August dieses Jahres 6.071 gültige Unterschriften eingereicht, um die Umbenennung der fünf Straßen zu verhindern. Der Rat der Stadt Münster bestätigte am 5. November die Zulässigkeit des Bürgerbegehrens. Die Bezirksvertretung Münster-Mitte hat in ihrer Sitzung am 11. November entschieden, dem Bürgerbegehren nicht zu entsprechen und blieb damit bei ihrer im Mai getroffenen Entscheidung, die Straßen aufgrund ihrer propagandistischen Bezüge zum Nationalsozialismus umzubenennen. [...]

<https://www.stadt-muenster.de/aktuelles/pressemitteilungen#/item/1203928>

➤ Bürgerentscheid Straßennamenumbenennungen

Leserbrief vom 19.1.2025, der leicht gekürzt am 22.1.206 erschien.

Die Welt bleibt nicht stehen, Erkenntnisse wachsen, Einstellungen wandeln sich. Dem müssen auch die Bewertungen von Straßennamen langfristig Rechnung tragen. Mit der Mehrheit der Bezirksvertretung Mitte möchte ich keine Straßennamen mit ehemaligen, vorgeblichen Kriegshelden mehr im Stadtbild sehen. Anders bewerte ich hingegen die Namen Langemarkstraße (heute Langemark) und Skagerrakstraße, die trotz ihrer Benennungshistorie die Chance auf kommentierende Erinnerung an Kriegspropaganda und sinnloses Blutvergießen bieten, also eine Umkehrung der ehemaligen Intention mit Glorifizierung des Heldentodes.

Da der Bürgerentscheid am 6. Februar aber auf eine Beibehaltung all dieser Namen abzielt, kann dem nur ein NEIN entgegengesetzt werden. In der Stellungnahme behaupten die Vertretungsberechtigten des Bürgerbegehrens wahrheitswidrig, dass auch darüber entschieden werde, ob Münster in den kommenden Jahren eine breite Welle von Umbenennungen erlebe. Eine solche „Welle“ gibt es nicht, wohl aber weiteren Handlungsbedarf.

Unterstützer des Begehrens sprechen Empfindungen von Anwohnern gegen Umbenennungen an. Ganz andere Empfindungen hege ich, wenn ich täglich mehrfach am Anna-Krückmann-Weg vorbeikomme, der mich an das ehemalige Mitglied des antisemitischen Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbundes und die kolonialpolitische Propagandistin erinnert. Das renommierte Anna-Krückmann-Haus hat bald nach Bekanntwerden ihrer Geschichte umgehend den Namen geändert.

Münster ist eine lebendige Stadt mit großen und guten Traditionen. Ehrungen von Kriegshelden, Antisemiten und Kolonialpropagandisten durch Straßennamen können wir uns dabei nicht leisten, NEIN, NEIN !

Dr. Kajo Schukalla

Markweg 38, Münster



➤ Koloniale Straßennamen

Bereits am 22.12.2025 schrieb ich diesen Leserbrief an die Westfälischen Nachrichten und die Münstersche Zeitung, Lokalteile Münster, der leicht gekürzt dort auch erschien.

Nachhaltiger Imageschaden für die Stadt Münster wurde mit der Entscheidung der Bezirksvertretung Südost für eine Umbenennung von Lüderitzweg und Woermannweg abgewendet. Möglich wurde dies nur durch das von der Linie der Ortsunion Gremmendorf abweichende Votum der CDU-Vertreter in der Bezirksvertretung Südost Dr. Michael Klenner, Oscar Lass, Niklas Rebholz und durch die FDP-Stimme von Katrin Bohm. Ihrer Gewissensentscheidungen und Zivilcourage gelten mein Respekt und Dank.

Die Entscheidungen zu kolonialen Straßennamen in Münster werden bundesweit wahrgenommen, sind besonders in der gut vernetzten Eine-Welt-Bewegung und der afrikanischen Diaspora ein Thema, ob in Berlin, Göttingen oder Köln. Eine Entscheidung für die Beibehaltung hätte dauerhaften Schaden für das überregionale Ansehen unserer Stadt bedeutet, die sich sonst Friedensthemen und eine sensible Gedenkkultur auf die Fahnen geschrieben hat.

Ausbeuter, Betrüger und Verbrecher passen da nicht zu Münsters Straßen!

Adolph Lüderitz (1834-1886) und Adolph Woermann (1847-1911) waren genau dies. Lüderitz war in West- und Südwestafrika tätig und gilt als »Begründer« der ehemaligen Kolonie „Deutsch-Südwestafrika“. Er war ein berüchtigter kolonialer Landräuber, seine Spitznamen „Meilenschwindler“ und „Lügenfritz“ sind bezeichnend. Woermann war Privatreeeder und Koloniallobbyist, Politiker, zudem Kriegsgewinnler beim deutschen Völkermord an den Herero und Nama in Namibia und hielt selbst Zwangsarbeiter. Auch er war verantwortlich für Landvertreibungen in Kamerun und schuf wie Lüderitz wesentliche Voraussetzungen für die deutsche Kolonialherrschaft ab 1884.

Bezüge zu Afrika sollten gleichwohl im Straßenbild vorkommen. Und es gibt die positiven, wenn auch tragischen afrikanischen Persönlichkeiten der deutsch-afrikanischen Geschichte.

Anton Wilhelm Amo aus Ghana (ca.1703 – ca.1756) war der erste Philosoph und Professor afrikanischer Herkunft in Deutschland, tätig an den Universitäten Wittenberg, Halle und Jena. Zermürbt von Missachtung und Rassismus kehrte er enttäuscht nach Ghana zurück.

Rudolf Manga Bell aus Kamerun (1873-1914), Königssohn der Duala, deutschfreundlich mit Bildungsweg in Deutschland, später Kämpfer mit juristischen Mitteln gegen deutsche Kolonialverbrechen, wurde 1914 von der deutschen Kolonialmacht widerrechtlich durch den Strang hingerichtet. Nach ihnen sollten Straßen benannt werden.

Dr. Kajo Schukalla

Gesellschaft für bedrohte Völker,

Markweg 38 , Münster

➤ Somaliland

Die GfbV-Regionalgruppe Münster beschäftigt sich mit den Entwicklungen in und um Somaliland. Wer an diesem Thema interessiert ist, melde sich bitte per Mail: muenster@gfbv-rg.de

Die Republik Somaliland (*Jamhuuriyadda Soomaaliland*, arabisch جمهورية صومالييلاند)

Dschumhūriyyat Şūmālīlānd) ist ein de facto unabhängiger, demokratisch aufgebauter Staat, der international aber bislang nur von Taiwan und Israel anerkannt ist, praktisch aber auch vom Nachbarland Äthiopien, das seit genau einem Jahr zudem mit einem Marineabkommen verbunden ist.

Von den meisten Staaten wird Somaliland völkerrechtlich entgegen der politischen Realitäten als Region des zerfallenen Somalia gesehen.

Die Grenzen Somalilands beziehen sich auf das ehemalige Kolonialgebiet Britisch-Somaliland, das nach der Dekolonisierung 1960 mit der ehemaligen italienischen Kolonie zu Somalia vereinigt wurde. Am 18. Mai 1991 erklärte sich Somaliland für unabhängig, nachdem die somalische Regierung in Mogadischu gestürzt worden war, der Staat zerfiel und der Bürgerkrieg eskalierte.

Im November 2024 gewann Abdirahman Mohamed Abdullahi von der Nationalen Partei Somalilands (Waddani) die Wahlen.

Große Sorgen bereiten derzeit neue legale Waffenlieferungen, auch aus westlichen Staaten, an die Regierung in Mogadischu, die mit dem Kampf gegen die Al-Shabaab und andere islamistische Milizen begründet werden, aber auch eine reale Bedrohung des funktionierenden Staatswesens Somaliland darstellen. KJS



Gaza und kein Frieden

Angesichts der zahlreichen Nachrichten über Kriege und Menschenrechtsverbrechen ist die Situation in Gaza schon wieder aus dem Blick der Öffentlichkeit geraten. Trotz Waffenstillstandsvereinbarungen und Friedensplänen gibt es täglich Kämpfe, werden Attacken der Hamas und fast täglich Bombardements durch die israelische Luftwaffe gemeldet. Nach erfolgter Rückgabe des Geiseln sieht der Trump-Friedensplan für die zweite Phase die Entwaffnung der Terrororganisation Hamas und den Rückzug der israelischen Streitkräfte aus dem Gaza-Streifen vor. Von alledem geschieht bislang nichts. Die aktuellen Entwicklungen deuten in die entgegengesetzte Richtung. Die von Israel beherrschte Sperrzone wird ausgeweitet. Eine „Gelbe Linie“ soll jetzt die eigentliche Grenze zu Israel bilden. 53 Prozent des Gaza-Streifens, die „Grüne Zone“, unterstehen derzeit der Kontrolle Israels Militär. Es gibt Berichte über Straßen- und Siedlungsbau. Die „Rote Zone“ mit 47 Prozent des Territoriums ist jetzt der Lebensraum der rund zwei Millionen Palästinenser Gazas. Die humanitäre Lage ist noch immer skandalös, die Versorgung stark reglementiert und unzureichend. Es drängt sich der Eindruck auf, dass neue territoriale Tatsachen geschaffen werden sollen, die eine Zweistaatenlösung endgültig verhindern sollen. Aber ohne eine Zweistaatenregelung wird es nach meiner Überzeugung keinen dauerhaften Frieden geben können.

International und auch in Deutschland wird derzeit über den Genozid-Vorwurf an Israel diskutiert und dabei gerät der eindeutig genozidal intendierte Überfall der Terrororganisation Hamas gemeinsam mit dem Palästinensischen Islamischen Jihad vom 7. Oktober 2023 in den Hintergrund. Dass die israelische Regierung sich nach dem legitimen Gegenangriff Kriegsverbrechen an der Zivilbevölkerung Gazas schuldig gemacht, erscheint mir auch angesichts der palästinensischen Opferzahlen von rund 70.000 nachweisbar, wobei der Vorwurf der Kriegsverbrechen ebenso an die Hamas geht, die die eigene Bevölkerung immer wieder als menschliche Schutzschilde missbraucht hat.

In der Perspektive einer Menschenrechtsorganisation, die seit ihrer Gründung mit Genoziden, ihren Bewertungen, Dimensionen und ihrer Rezeption befasst, kann ich feststellen: Die

Konvention über die Verhütung und Bestrafung des Völkermordes (Convention on the Prevention and Punishment of the Crime of Genocide, CPPCG, 9.12.1948) lässt breite Interpretationsspielräume zu und kann sich auf die Schoah, auf Ruanda 1994 oder auch auf Vernichtungsaktionen gegen kleine indigene Völker beziehen. Wer jedoch in der aktuellen politischen Debatte in Deutschland und Europa den Genozidvorwurf einseitig gegen Israel richtet, bewegt sich automatisch im Vergleichskontext mit dem Holocaust und stellt sich eindeutig in einen antisemitischen Kontext.

KjS